

**Parlamentssitzung 20. September 2010**

**Traktandum 11**

**1012 Interpellation (FDP Die Liberalen) "Liberalisierung der Kinderbetreuung - neue Entwicklungen in der Region Bern"**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Vorstosstext**

Im Februar dieses Jahres hat der Gemeinderat eine Beteiligung am Versuch des Bundes mit Beutreuungsgutscheinen im Rahmen der familienergänzenden Kinderbetreuung abgelehnt. Inzwischen hat jedoch der Stadtrat von Bern entschieden, dass sich die grösste Gemeinde des Kantons an diesem Versuch beteiligen wird. Damit sind einige Parameter der gemeinderätlichen Haltung verschoben worden, so die Meinung ein Versuch im Kanton Bern wäre rechtlich kaum durchführbar und die Gemeinde Köniz würde damit den Alleingang wählen.

Wir bitten den Gemeinderat deshalb die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie schätzt der Gemeinderat den Standortnachteil für die Gemeinde Köniz ein, angesichts der Tatsache, dass in der grossen Nachbargemeinde Bern nun eine fortschrittliche, nachfrageorientierte Lösung in der familienergänzenden Kinderbetreuung implementiert wird?
2. Prüft der Gemeinderat eine Kooperation mit der Stadt Bern in Bezug auf einen Systemwechsel und/oder der Teilnahme am Versuch des Bundes in Bezug auf die familienergänzenden Kinderbetreuung?
3. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort vom 6. Januar 2010 zugesichert, dass er sich dem Anliegen Betreuungsgutscheine einzuführen nicht grundsätzlich verschliesse und es zu einem späteren Zeitpunkt wieder prüfen werde. Wie sieht angesichts der neuen Entwicklungen in Bern und den öffentlich kommunizierten, positiven Erfahrungen in Luzern, das weitere Vorgehen in Köniz aus?

**Eingereicht**

31.05.2010

**Unterschrieben von 7 Parlamentsmitgliedern**

Mark Stucki, Heinz Engi, Hanspeter Kohler, Barbara Perriard, Bernhard Bichsel, Erica Kobel, Ignaz Caminada

## **Antwort des Gemeinderates**

### **Wie schätzt der Gemeinderat den Standortnachteil für die Gemeinde Köniz ein, angesichts der Tatsache, dass in der grossen Nachbargemeinde Bern nun eine fortschrittliche, nachfrageorientierte Lösung in der familienergänzenden Kinderbetreuung implementiert wird?**

Die überwiesene Motion in der Stadt Bern zur Einführung von Betreuungsgutscheinen verlangt ein Kostendach. In der Zwischenzeit wurde zusätzlich eine Initiative eingereicht, die für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Bern hingegen einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz fordert. Gemäss Informationen ist davon auszugehen, dass die inskünftige politische Ausrichtung in der Stadt Bern im Bereich der Kinderbetreuung frühestens im November 2010 vorliegen wird (nach Volksabstimmung).

Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern hat der Stadt Bern bereits signalisiert, dass eine Zuführung der Kosten in den Lastenausgleich nur unter Einhaltung der ASIV-Vorgaben (Tarifmodell, Betreuungsqualität etc.) möglich sein wird. Das bedeutet, dass ein Betreuungsgutscheinsystem unter Einhaltung der kantonalen Vorgaben gefunden werden muss.

Aufgrund der momentanen Voraussetzungen ist mit einer allfälligen Umsetzung eines neuen Finanzierungssystems jedoch frühestens ab 2013 zu rechnen. Bis zu diesem Zeitpunkt ergibt sich aus Sicht des Gemeinderates unabhängig vom System kein Standortnachteil für Köniz. Sofern aufgrund der Initiative in Bern ein Rechtsanspruch geschaffen werden sollte, könnte dies für Köniz zu einem Standortnachteil führen, da es in Köniz keinen Rechtsanspruch gibt.

Sollte die Stadt Bern das System der Betreuungsgutscheine mit einem Kostendach und unter Einhaltung der kantonalen Vorgaben einführen, ergibt sich aus der Sicht des Gemeinderates kein Standortnachteil, da die Stadt und die Gemeinde Köniz den gleichen Rahmenbedingungen unterliegen.

Durch die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für die beiden Betreuungsangebote Kindertagesstätten und Tagesfamilien in der Gemeinde Köniz sowie durch die zunehmende Kooperation mit privaten Anbietern und die dadurch erhöhte Wahlfreiheit der Eltern konnte im Vergleich mit anderen Gemeinden bereits ein wesentlicher Vorteil geschaffen werden.

### **Prüft der Gemeinderat eine Kooperation mit der Stadt Bern in Bezug auf einen Systemwechsel und/oder der Teilnahme am Versuch des Bundes in Bezug auf die familienergänzenden Kinderbetreuung?**

Die Direktion Bildung und Soziales hat mit der Stadt Bern bereits Gespräche aufgenommen. Die Abteilung Alter, Jugend und Gesundheit ist in engem Kontakt dem Jugendamt der Stadt Bern. Köniz und Bern haben eine Kooperation vereinbart. Gemäss Zusicherung der Stadt Bern wird Köniz eine Vertretung in die Projektgruppe delegieren können.

Verhandlungen mit dem Bund bzw. eine Teilnahme am Pilotversuch ist erst möglich, wenn klare politische Stossrichtungen in der Stadt Bern und in Köniz vorliegen. Zudem müsste vorgängig ein Modell entwickelt werden, das die kantonalen Rahmenbedingungen miteinbezieht.

### **Der Gemeinderat hat in seiner Antwort vom 6. Januar 2010 zugesichert, dass er sich dem Anliegen Betreuungsgutscheine einzuführen nicht grundsätzlich verschliesse und es zu einem späteren Zeitpunkt wieder prüfen werde. Wie sieht angesichts der neuen Entwicklungen in Bern und den öffentlich kommunizierten, positiven Erfahrungen in Luzern, das weitere Vorgehen in Köniz aus?**

Welche Auswirkungen der Systemwechsel in der Stadt Bern haben wird, kann im jetzigen Zeitpunkt nicht vorausgesagt werden. Köniz wird die Entwicklung in der Stadt Bern im Rahmen der Kooperation weiter mitverfolgen.

Die Stadt Luzern hat nach dem ersten Versuchsjahr eine durchschnittlich positive Bilanz gezogen. Plätze konnten ausgebaut und Wartelisten abgebaut werden. Als nachteilig erweist sich die Höhe der Subventionen, da der Gesamtbetrag auf mehr Bezüger verteilt wird. Etliche Eltern

können ihre Kinder nun aus finanziellen Gründen nur noch eine kürzere Zeit betreuen lassen als bisher. Für rund 150 von 370 Familien mussten finanzielle Übergangslösungen geschaffen werden. Das neue System führt in Luzern deshalb zu einem erheblichen, finanziellen Mehraufwand. Ein erster ausführlicher Evaluationsbericht wurde für das Frühjahr 2011 in Aussicht gestellt. Unter anderem soll dieser auch die volkswirtschaftlichen Auswirkungen aufzeigen, die bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht beziffert werden können.

Der Gemeinderat erachtet es als sinnvoll, das weitere Vorgehen der Stadt Bern sowie den erwähnten Evaluationsbericht der Stadt Luzern abzuwarten, bevor weitere Entscheide getroffen werden.

Köniz, 11. August 2010